

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5712

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5712



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Kantonale Volksinitiative



Prämien-

Schock:

**Für eine automatische
Entlastung bei den
Krankenkassenprämien**

Medienkonferenz zum Start der Unterschriftensammlung

Datum: 7. September 2023

Zeit: 10.30 Uhr

Ort: Fred Hotel Hauptbahnhof, Limmatstrasse 5 (gegenüber vom Carparkplatz Sihlquai)

Sitzungsraum: K5

Kantonsrat und Unternehmer Paul Mayer:

Die ungewöhnliche Entstehungsgeschichte der überparteilichen Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»

Kantonsrat und Gemeindepräsident Stefan Schmid

Weshalb es die überparteiliche Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» braucht

Initiativkomitee

Präsidium:

Vertreter: Kantonsrat und Unternehmer **Paul Mayer**, Oeliweg 12, 8460 Marthalen

Stellvertreter: Kantonsrat und Gemeindepräsident **Stefan Schmid**, Sonnenbergstrasse 72, 8172 Niederglatt

Mitglieder:

Alt-Kantonsrat **Franco Albanese**, Amelenweg 16, 8400 Winterthur; Gemeinderat **Samuel Balsiger**, Badenerstrasse 595, 8048 Zürich; Kantonsrat **Martin Farner-Brandenberger**, Büelweg 9, 8477 Oberstammheim; Nationalrat **Martin Haab**, Schürmatt, 8932 Mettmenstetten; Stadtparlamentarier **Christian Hartmann**, Fuchshalde 20, 8408 Winterthur; Nationalrat **Alfred Heer**, Stampfenbachstrasse 115, 8006 Zürich; Kantonsrat **Martin Huber**, Im Asp 1, 8412 Aesch (Neftenbach); Gemeinderat **Andreas Leupi**, Glärnischstrasse 18, 8102 Oberengstringen; Nationalrat **Thomas Matter**, Toggwilerstrasse 96, 8706 Meilen; Kantonsrat **Paul Mayer**, Oeliweg 12, 8460 Marthalen; Nationalrätin **Therese Schläpfer**, Oberschneit 43, 8523 Hagenbuch; Kantonsrat **Stefan Schmid**, Sonnenbergstrasse 72, 8172 Niederglatt; Dr. med. **Dubravko Sinovcic**, Talweg 2, 8707 Uetikon am See; Nationalrätin **Barbara Steinemann**, Brünigstrasse 80, 8105 Watt-Regensdorf; Gemeindeschreiberin **Nicole Ward-Brändli**, Alpenblickstrasse 41, 8340 Hinwil; Kantonsrat **Urs Wegmann**, Fuchsbuel 20, 8412 Hünikon

Kantonale Volksinitiative



Prämien-

Schock:

**Für eine automatische
Entlastung bei den
Krankenkassenprämien**

Medienmitteilung des überparteilichen Komitees
7. September 2023

Wie zwei Kantonsräte mit der Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» den Mittelstand vor den explodierenden Krankenkassenprämien schützen wollen

Im Herbst wird der Bundesrat die Kostensteigerungen bei den Krankenkassenprämien bekannt geben. Bereits heute ist klar: Es droht ein neuer Prämien-Schock von bis zu 10 Prozent. Für viele Mittelstandsfamilien ist die Schmerzgrenze damit erreicht. Deshalb handeln die Kantonsräte Paul Mayer und Stefan Schmid nun. Mit einem überparteilichen Komitee starten sie die kantonale Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock».

Für Stefan Schmid und Paul Mayer ist klar: Die Situation ist unhaltbar. Die Idee einer eigenen Volksinitiative haben sie geprüft und anfangs rasch wieder verworfen. Zu zweit mindestens 6000 gültige Unterschriften zu sammeln, erschien eine zu grosse Bürde zu sein. Deshalb planten die beiden Kantonsräte, eine Petition zu starten und so die Politik zum Handeln zu bewegen. Doch warum sollte sich durch eine nicht bindende Petition etwas ändern?

Da das Ziel von Paul Mayer und Stefan Schmid die Entlastung des Mittelstandes ist, reicht eine Petition also nicht. Was anfangs unmöglich erschien, nahmen beide dennoch in die Hand. **Zu zweit starten sie die kantonale Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien».**

Kantonsrat und Unternehmer Paul Mayer: «Wir sind überzeugt, dass wir mit unserer kantonalen Volksinitiative einen mehrheitsfähigen Lösungsansatz ausgearbeitet haben, um den Mittelstand vor den explodierenden Krankenkassenprämien zu schützen.»

Denn im Vergleich mit anderen Kantonen werden die Steuerzahler im bevölkerungsreichsten Kanton nachweislich durch geringere Abzugsmöglichkeiten benachteiligt. Bei der Krankenkassenprämie handelt es sich de facto um eine Zwangsabgabe, welche die Bundesgesetzgebung anordnet.

Der Mittelstand im Kanton ist der verheerenden Situation wehrlos ausgesetzt. «Die Volksinitiative will daher eine automatische Kopplung des Abzugs an die Entwicklung der Prämien: Steigen die Krankenkassenprämien an, so steigt auch der steuerliche Abzug an», führt **Kantonsrat und Gemeindepräsident Stefan Schmid aus.** Dies schützt den Mittelstand nachhaltig. Die Volksinitiative «**Stopp Prämien-Schock**» schafft unmittelbar und auch in Zukunft bei einem Prämienanstieg eine steuerliche Entlastung.

Und genau darum geht's: **Paul Mayer und Stefan Schmid wollen zusammen mit dem überparteilichen Komitee die Mittelstandsfamilien entlasten.** Sie wollen mit vereinten Kräften zeigen, dass mehrheitsfähige Sachlösungen immer noch möglich sind. Denn viele Menschen verlieren durch die Blockade das Vertrauen ins politische System.

Denn gemäss einer repräsentativen Sotomo-Umfrage im Auftrag des Krankenkassenverbands santésuisse bereiten die steigenden Krankenkassenprämien der Bevölkerung grosse Sorgen. Eine überwältigende Mehrheit von 88 Prozent sieht dringenden politischen Handlungsbedarf. Doch bislang ist nichts passiert. Dies will das überparteiliche Komitee mit der kantonalen **Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** nun ändern.

Für Rückfragen im Namen des überparteilichen Komitees

- **Kantonsrat und Unternehmer Paul Mayer:** 078 750 30 74
- **Kantonsrat und Gemeindepräsident Stefan Schmid:** 079 541 53 76

Kantonale Volksinitiative



Prämien-

Schock:

**Für eine automatische
Entlastung bei den
Krankenkassenprämien**

Kantonale Volksinitiative



Die ungewöhnliche Entstehungsgeschichte der überparteilichen Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»

Von Kantonsrat und Unternehmer Paul Mayer

Geschätzte Medienvertreter

Im Herbst wird der Bundesrat die Kostensteigerungen bei den Krankenkassenprämien bekannt geben. Bereits heute ist klar: **Es droht ein neuer Prämien-Schock von bis zu 10 Prozent. Für viele Mittelstandsfamilien ist die Schmerzgrenze damit erreicht.** Dies ist auch der Grund, warum die Thematik schon Wochen im Voraus hitzig diskutiert wird.

Leider schafft es die Politik seit Jahren nicht, kluge Lösungen aufzuzeigen. Das Problem der explodierenden Krankenkassenprämien bleibt ungelöst. **Für Stefan Schmid und mich ist klar: Die Situation ist unhaltbar und wir wollen etwas unternehmen.** Die Idee einer eigenen Volksinitiative haben wir geprüft und anfangs rasch wieder verworfen. Zu zweit mindestens 6'000 gültige Unterschriften zu sammeln, erschien eine zu grosse Bürde zu sein. Wir planten deshalb, eine Petition zu starten und so die Politik zum Handeln zu bewegen. Doch warum sollte sich durch eine nicht bindende Petition etwas ändern?

Da unser Ziel die Entlastung des Mittelstandes ist, reicht eine Petition also nicht. Was anfangs unmöglich erschien, nahmen wir deshalb dennoch in die Hand. **Zu zweit starten wir die kantonale Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien».** Unterdessen haben wir auch ein überparteiliches Komitee im Rücken. Doch die Hauptlast bleibt auf den Schultern von Stefan Schmid und mir bestehen. Wir zwei sind nun verantwortlich, dass wir zusammen mit dem überparteilichen Komitee mindestens 6'000 gültige Unterschriften sammeln. Mir ist kein vergleichbares Beispiel aus dem Kanton bekannt, bei dem zwei Politiker eine solche Volksinitiative starteten.

Die aufgebürdete Verantwortung ist sehr gross. **Doch wir sind überzeugt, dass wir mit unserer kantonalen Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» einen mehrheitsfähigen Lösungsansatz ausgearbeitet haben, um den Mittelstand vor den explodierenden Krankenkassenprämien zu schützen.**

Und genau darum geht's: Wir wollen die Mittelstandsfamilien entlasten. Wir wollen zeigen, dass mehrheitsfähige Sachlösungen immer noch möglich sind. Denn viele Menschen verlieren durch die Blockade das Vertrauen ins politische System.

Denn gemäss einer repräsentativen Sotomo-Umfrage im Auftrag des Krankenkassenverbands santésuisse bereiten die steigenden Krankenkassenprämien der Bevölkerung grosse Sorgen. Eine überwältigende Mehrheit von 88 Prozent sieht dringenden politischen Handlungsbedarf. Doch bislang ist nichts passiert. Dies will das überparteiliche Komitee mit der kantonalen **Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** nun ändern.

Für Rückfragen im Namen des überparteilichen Komitees

- **Paul Mayer:** 078 750 30 74

Kantonale Volksinitiative



Weshalb es die überparteiliche Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» braucht

Von Kantonsrat und Gemeindepräsident Stefan Schmid

Geschätzte Medienvertreter

Mit der **überparteilichen Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** sollen die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler im Falle von steigenden Krankenkassenprämien durch höhere Prämienabzüge steuerlich entlastet werden. Seit der Einführung der obligatorischen Krankenkasse 1996 haben wir alle hart erfahren müssen, dass die finanzielle Belastung für die Bevölkerung jährlich steigt. Daher braucht es nun Gegensteuer.

Massive Belastung der Krankenkassenprämien

Jährlicher Prämienchock bei der Krankenversicherung. Jahr für Jahr muss die Bevölkerung höhere Prämien bezahlen. Seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung vor gut 20 Jahren haben sich die Kosten mehr als verdoppelt. Die Prämien stiegen deutlich stärker an als das Bruttoinlandprodukt, die AHV-Ausgaben oder die Löhne. Ein Ende des Ausgabenwachstums ist nicht abzusehen.

Personen ohne Prämienverbilligung, Familien und Senioren leiden besonders darunter. Mittlerweile belaufen sich die Gesundheitskosten insgesamt auf rund 77 Milliarden Franken pro Jahr oder auf über 11 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Vor der Abstimmung über die Krankenversicherung im Jahr 1994 zog SP-Bunderätin Ruth Dreifuss mit einem grossen Versprechen durch die Schweiz. Die durch den Leistungsausbau bedingten Kosten würden sich in «vernünftigen Grenzen» bewegen. Das Gesetz werde keine Kostenexplosion auslösen, «sondern im Gegenteil die Kosten längerfristig dämpfen», behauptete die SP-Politikerin. Dreifuss gewann die Abstimmung knapp.

Für den Mittelstand, von Familien über junge Erwachsene bis hin zu den Senioren, stellen die Krankenkassenprämien wie erwähnt eine hohe finanzielle Belastung dar. Aufgrund der deutlich gestiegenen Prämien können die Prämien für die obligatorische Krankenversicherung (KVG) nur teilweise von den Steuern abgezogen werden. Die effektiven Auslagen für die Prämien sind für die meisten Steuerzahlenden wesentlich höher.

Die Belastung für den werktätigen Mittelstand ist enorm. Dazu kommt, dass mit dem Umverteilungsprinzip der Prämienverbilligung hauptsächlich einkommensschwache Personen profitieren. Der Mittelstand zahlt nicht nur die eigenen Krankenkassenprämien, sondern auch für andere.

Da einkommensschwache Personen durch die Prämienverbilligungen subventionierte tiefe Prämien erhalten, können sie diese bei den Steuern vollständig abziehen. Der Mittelstand, der die Prämienverbilligungen finanziert, hat hingegen das Nachsehen. Seine Prämienlast ist bedeutend höher, als bei den Steuern abgezogen werden darf.

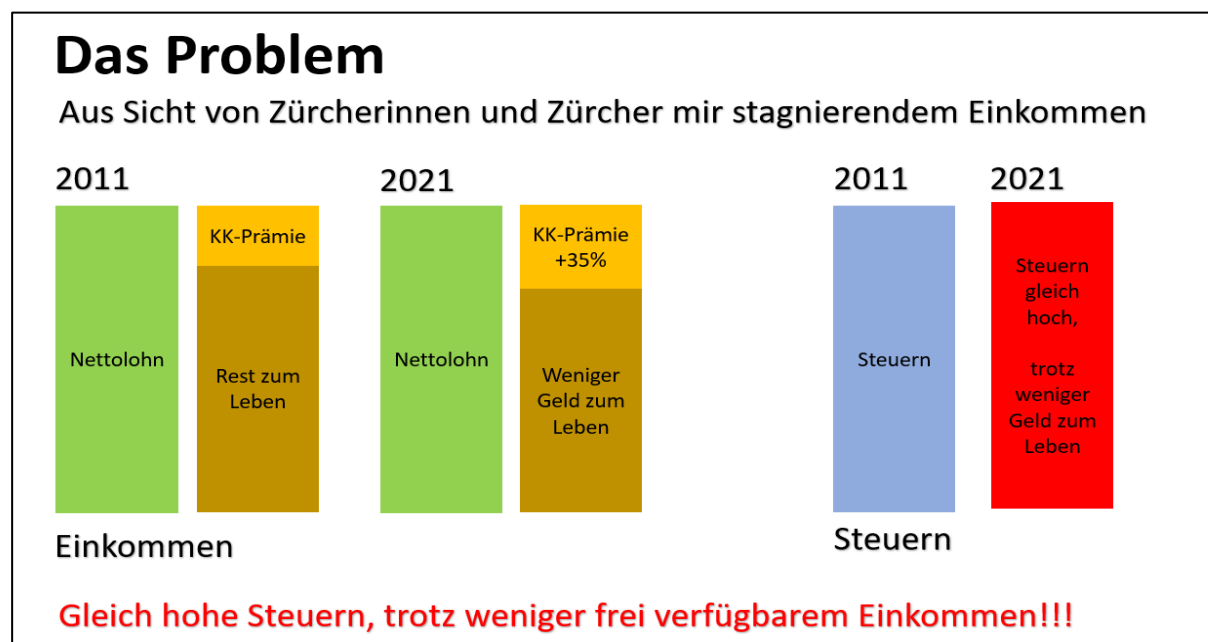
Beispiele gefällig?

Was dies bedeutet, kann ich Ihnen anhand von zwei Beispielen aufzeigen.

Beispiel 1

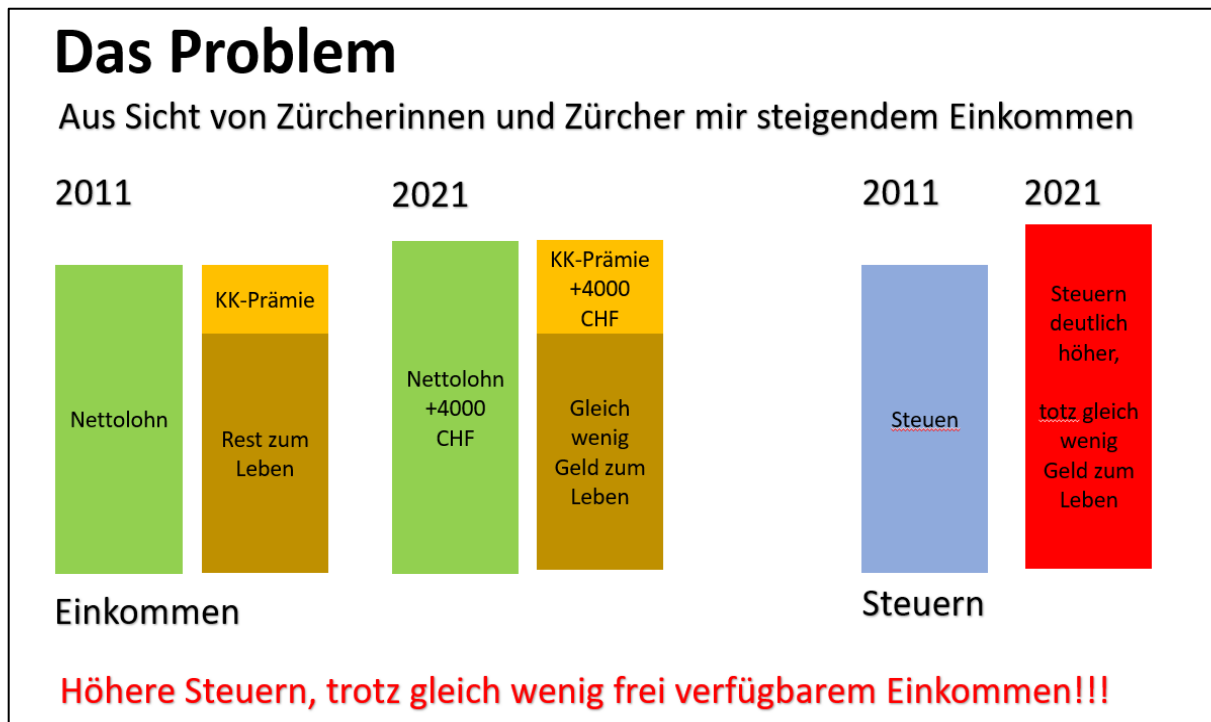
Eine Familie mit stagnierendem Einkommen: Ohne Mehrverdienst schrumpfte aufgrund der steigenden Krankenkassenprämien das frei verfügbare Einkommen. Trotzdem wurden diese Menschen vom Staat weiterhin hoch besteuert.

Ein anderes Beispiel: Sind die Krankenkassenprämien einer vierköpfigen Familie über die letzten 10 Jahre um 4000 Franken angewachsen und hat dieselbe Familie eine Steigerung beim Einkommen von 4000 Franken, hat sie heute nach wie vor gleich viel Geld zum Leben. Sie zahlt aber auf den Mehrverdienst zusätzlich Steuern, obschon vom Mehrverdienst faktisch nichts für die Familie übrigbleibt. Diese versteckte Steuererhöhung auf dem Buckel der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler ist ungerecht.



Beispiel 2

Eine Familie mit leicht steigendem Einkommen: Die Einkommenssteigerung reichte gerade mal aus, um die höheren Prämien zu berappen. Das frei verfügbare Einkommen nach Bezahlung der Prämien blieb über die letzten Jahre gleich. Trotzdem wurden diese Menschen vom Staat zusätzlich besteuert.



Die Lösung: automatische Kostendämpfung bei steigenden Prämien

Verglichen mit anderen Kantonen wird der Steuerzahler im bevölkerungsreichsten Kanton nachweislich durch geringere Abzugsmöglichkeiten benachteiligt. Bei der Krankenkassenprämie handelt es sich de facto um eine Zwangsabgabe, welche die Bundesgesetzgebung anordnet.

Der Mittelstand im Kanton ist der verheerenden Situation wehrlos ausgesetzt. Die Initiative will daher eine automatische Kopplung des Abzugs an die Entwicklung der Prämien: Steigen die Krankenkassenprämien an, so steigt auch der steuerliche Abzug an. Dies schützt den Mittelstand nachhaltig. Die Initiative schafft unmittelbar und auch in Zukunft bei einem Prämienanstieg eine steuerliche Entlastung.

Für Rückfragen im Namen des überparteilichen Komitees

- **Stefan Schmid:** 079 541 53 76